

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB
 Claudia Tausend, MdB
 Für UNS in Berlin

SPD



NEWS TICKER

- **Korruption im Gesundheitswesen wird strafbar** Gesetz im Bundestag verabschiedet.
- **Deutschland bekommt ein Integrationsgesetz** Fokus auf Fördern und Fordern.
- **Mietpreisbremse** Entwurf zum zweiten Teil der Reformen des Mietrechts vorgelegt.
- **Strafverfolgung Jan Böhmermann** SPD-Fraktion für sofortige Abschaffung von §103.

Zum Gedenken an Georg Kronawitter

21.4.1928 - 28.4.2016

Über den am 28. April im Alter von 88 Jahren verstorbenen Altoberbürgermeister Georg Kronawitter sind zahlreiche Nachrufe geschrieben worden – oberflächlich-anekdotische wie tiefsinnige.

Sicherlich wird Kronawitter vor allem als Anwalt der kleinen Leute oder Bürgeranwalt in Erinnerung bleiben, er war aber noch viel mehr.

Zum einen verkörperte er in seiner Persönlichkeit das klassische sozialdemokratische Ideal vom sozialen Aufstieg durch Fleiß und Bildung: Aus einer Bauernfamilie in der Nähe Pfaffenhofens stammend besuchte er nach der Volksschule die Landwirtschaftliche Berufsschule und dann bis 1944 die Lehrerbildungsanstalt. Nach Reichsarbeitsdienst und Gefangenschaft war er zunächst Bäckerlehrling, setzte dann aber seine Ausbildung in der Lehrerbildungsanstalt bis 1949 fort und war anschließend Lehramtsanwärter. Nach dem Externenabitur 1952 begann er ein Studium der Wirtschaftswissenschaften und Pädagogik an der Ludwig-Maximilians-Universität und

schloss als Diplom-Handelslehrer 1956 ab, um Lehrer an verschiedenen kaufmännischen Schulen zu werden. Zum anderen war er nicht nur ein mitreißender Wahlkämpfer, sondern ein eigenständiger und weitblickender sozialdemokratischer Politiker: Hatte die linke Mehrheit in der Münchner SPD den Vogel-Nachfolger trotz seiner Glaubwürdigkeit als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und seiner Aufgeschlossenheit für ökologische Überlegungen im Vorfeld der Kommunalwahl 1978 für nicht vermittelbar erklärt (was zu einer anderen Kandidatur und zu einer krachenden Wahlniederlage der SPD führte), erlebte Kronawitter dann ein fulminantes Comeback und konnte 1984 und 1990 die CSU geradezu deklassieren. Und er versöhnte die einst tief gespaltene SPD mit sich selbst, indem er 1990 einerseits das Bündnis mit den Grünen schloss, das Jahrzehnte erfolgreich arbeitete, und andererseits Christian Ude zum Bürgermeister machte, der sich so profilieren und 1993 wiederum Kronawitters Nachfolge antreten konnte.



Photo: Mark Fernandes

Zu Recht wird Georg Kronawitter als einer der bedeutenden Oberbürgermeister und großer sozialdemokratischer Politiker in unserem Gedächtnis bleiben.

Korruption im Gesundheitswesen wird strafbar

Auf Basis eines Entwurfs von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) haben sich die Koalitionsfraktionen im April auf ein Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen geeinigt, das der Bundestag verabschiedet hat. Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sie die beste Gesundheitsversorgung erhalten – und nicht die, die für den jeweiligen Arzt am profitabelsten ist. Denn das gefährdet das Vertrauen in die Integrität der Behandlungsvorschläge von Ärzten und führt insgesamt zu höheren Kosten im Gesundheitswesen – zu Lasten der Patienten.

Strafbar macht sich zukünftig ein Arzt, der nicht das für den Patienten angemessene Medikament, sondern dasjenige Arzneimittel verschreibt, für das er von einer Pharmafirma Bestechungsgelder erhalten hat.

Ebenso strafbar macht sich ein Apotheker, der einem Arzt Geld dafür zuwendet, dass dieser ihm seine Patienten schickt.



Das Gesetz bestraft Korruption und nicht Kooperation. Im Gesetzestext heißt es ausdrücklich, dass nur strafbar ist, wer sich „in unlauterer Weise einen Vorteil verschafft“. Haushaltsmodelle von Hausärzten fallen hierunter gerade nicht.

In langen Verhandlungen mit der Union ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, die Vorschriften als so genanntes „Offizialdelikt“ auszugestalten. Das bedeutet, dass die Staatsanwaltschaft bei einer Strafanzeige oder Kenntnis eines Korruptionssachverhaltes zwingend ermitteln muss.

Mit der jetzigen Vorschrift stellen die Sozialdemokraten sicher, dass es auch tatsächlich zu Ermittlungsverfahren kommt.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stärken das Vertrauen der Patienten in eine unabhängige Heilbehandlung und gewährleisten, dass sie die beste Heilbehandlung erhalten und nicht diejenige Behandlung, für die ein Pharmakonzern bestochen hat.

So dämmen wir die Mietpreise ein

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren in Großstädten wie München verschärft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen deswegen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und Mietpreissteigerungen bremsen. Vor einem Jahr hatten wir die ersten Reformen eingeführt. Seitdem bezahlen Mieter nur noch dann die Courtage, wenn sie den Makler beauftragt haben. Nach der Regelung der Mietpreisbremse dürfen Vermieter die ortsübliche Vergleichsmiete bei Wiedervermietung um maximal zehn Prozent überschreiten. Unser Bundesjustizminister Heiko Maas hat nun den Entwurf zum zweiten Teil der Reformen des Mietrechts vorgelegt. Nicht selten können sich Mieterinnen und Mieter nach

einer umfangreichen Modernisierung ihre Wohnung nicht mehr leisten. Wir wollen daher verhindern, dass sie deshalb ausziehen müssen. Wir wollen die Umlage von Modernisierungskosten einschränken. Vermieter sollen künftig nur noch acht Prozent dieser Kosten statt bisher elf Prozent jährlich auf die Mieter umlegen können. Kostet beispielsweise die Modernisierung einer 70-Quadratmeter-Wohnung 20 000 Euro, darf die Miete künftig höchstens um 1,90 Euro pro Quadratmeter steigen statt um 2,62 Euro wie bisher. Zudem wollen wir eine Kappungsgrenze bei drei Euro innerhalb von acht Jahren einführen. Außerdem wollen wir die Berechnung des Mietspiegels gerechter gestalten. Dieser Spiegel weist die ortsüblichen

Vergleichsmieten aus. Eigentümer dürfen die Mieten in laufenden Verträgen nur bis zu dieser Grenze anheben. Wir wollen den Bezugsraum von vier auf acht Jahre ausweiten. Eigentümer könnten damit die Mieten nicht mehr so stark erhöhen wie bisher, denn ältere Mieten sind meistens günstiger. Drittens sieht der Gesetzentwurf eine pauschale Härtefallregel vor. Diese soll greifen, wenn der Mieter nach einer Modernisierung mehr als 40 Prozent des Haushaltseinkommens für die Miete einschließlich der Heizkosten ausgeben müsste. Während Mietervereinigungen unsere Pläne begrüßen, stellt sich unser Koalitionspartner quer. Uns stehen also noch intensive und harte Verhandlungen bevor!

Gutes und bezahlbares Wohnen für München

Deutschland erlebt derzeit einen enormen Druck auf dem Wohnungsmarkt. Pro Jahr werden mindestens 350.000 neue Wohnungen benötigt. Die SPD hat es sich zum Kernanliegen gemacht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Mit Mietpreisbremse, Makler-Bestellprinzip und Investitionen in den Wohnungsbau sind bereits viele wichtige Impulse gesetzt.

Eine zentrale Rolle kommt dem sozialen Wohnungsbau zu. Die Mittel für die soziale Wohnraumförderung für die Jahre 2016 bis 2019 wurden daher auf jetzt insgesamt 4 Milliarden Euro verdoppelt. Wir fordern in Anbetracht des hohen Bedarfs eine weitere Erhöhung der Mittel.

Durch steuerliche Förderung soll darüber hinaus ein Anreiz geschaffen werden, mehr Mietwohnungen im unteren und mittleren Preissegment zu schaffen. Außerdem sollen durch eine Entschlackung im Normungswesen und die Übernahme einheitlicher Standards die Kosten für die Schaffung neuen Wohnraums gesenkt werden.

In einer Rede vor dem Plenum des Deutschen Bundestags wies Claudia Tausend auf die besondere Rolle Münchens hin: Allein in den letzten vier Jahren ist die Einwohnerzahl



Münchens um 100 000 Menschen gestiegen, wir rechnen bis 2030 mit weiteren 230 000 Menschen allein in der Kernstadt und mit weiteren 200 000 Menschen im Umland. Die Instrumente, die wir im Bund geschaffen haben, sind für München enorm wichtig. Aber auch die Stadt leistet viel alleine: Von 2012 bis 2016 gab München 800 Millionen städtische Euro für den Wohnungsbau aus! Die Anstrengungen müssen in den nächsten Jahren noch erhöht werden: so hat der

Stadtrat zusätzlich zu den bereits beschlossenen 8500 Wohneinheiten pro Jahr ein Sofortprogramm für weitere 1000 Wohneinheiten in einfacher und modularer Bauweise aufgelegt, um den dringenden Bedarf durch Sozialwohnungsberechtigte abzudecken. Den Löwenanteil leisten hierbei die eigenen städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Von diesen Projekten wollte sich der Berliner SPD-Bundestagskollege Klaus Mindrup bei einem Besuch in München vor Ort informieren: Neben Besuchen von GWG- & GEWOFAG-Siedlungen, könnten zahlreiche Gespräche mit Genossenschaften und Vertretern der kommunalen Wohnungswirtschaft geführt werden. Klaus Mindrup und Claudia Tausend konnten aus den Besuchen und Gesprächen viele Punkte für ihre Arbeit als Baupolitiker im Deutschen Bundestag mitnehmen. Denn: Viele der bereits umgesetzten und in Arbeit befindlichen Wohnungsbauprojekte haben auch für andere Städte Vorbildcharakter.

Deutschland bekommt ein Integrationsgesetz

Wir begrüßen das Integrationsgesetz der Koalition, das sich an den Grundsätzen des Förderns und Forderns orientiert. Ziel des Gesetzes ist es, die Integration der zu uns gekommenen Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen zu fördern und zugleich von Ihnen Eigenbemühungen einzufordern. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind dabei von besonderer Bedeutung, da sie zentraler Baustein einer gelungenen Integration sind.

Der Mindestlohn zahlt sich aus

Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts belegen, dass sich die Einführung des Mindestlohns für vier Millionen Menschen auszahlt. Für rund 300.000 ArbeitnehmerInnen in Deutschland, mehr als ursprünglich angenommen, bedeutet das eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 18 Prozent. Die Zahlen machen deutlich, dass der Mindestlohn zu mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt führt.

Paragraph „Majestätsbeleidigung“ abschaffen

Strafverfolgung von Satire wegen „Majestätsbeleidigung“ passt nicht in eine moderne Demokratie. Deshalb war es richtig, dass sich die SPD im Kabinett gegen die Ermächtigung zur Strafverfolgung des Satirikers Jan Böhmermann nach § 103 StGB („Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“) ausgesprochen hat. Wir wollen als SPD-Fraktion den § 103 mit sofortiger Wirkung und nicht erst ab 2018 abschaffen.

Abschied von Georg Kronawitter

Die Münchner SPD nahm am Dienstag, den 10. Mai 2016 Abschied von ihrem Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter. Den Verstorbenen würdigten im Alten Peter u.a. Dieter Reiter, Florian Kronawitter und Sigmar Gabriel in bewegenden Reden. „Für ihn war Politik für die kleinen Leute eben nichts Kleines, sondern das Größte, was man machen kann“, so Sigmar Gabriel.



Gesetzentwurf für ein Bundesteilhabegesetz (BTHG)

Sozialministerin Andrea Nahles hat kürzlich den Gesetzentwurf für ein Bundesteilhabegesetz (BTHG) vorgelegt, der nun mit den anderen Bundesressorts sowie den Bundesländern abgestimmt wird.

Dieser wurde nach einem achtmonatigen Beteiligungsprozess mit Betroffenenverbänden, Ländern, Kommunen und Sozialpartnern erstellt.

Kernpunkte sind: Die Herausnahme der Eingliederungshilfe aus dem System der Grundsicherung, die Erhöhung der Freibeträge für Erwerbseinkommen um bis zu 260 Euro monatlich und des Vermögensfreibetrags bis 2020 auf bis zu 50.000 Euro in Stufen – plus Wegfall der Anrechnung des Partnereinkommens. Ferner: Lohnkostenzuschüsse von bis zu 75 % des gezahlten Arbeits-

entgeltes, Schaffung eines Tatbestandes der Elternassistenz im SGB sowie die Stärkung der Behindertenvertretungen im Betrieb. Hinzu kommen: eine bessere Koordination der Hilfetragler und eine Stärkung der Prävention. Bis 2020 sind Mehrausgaben für den Bund von mehr als 1,5 Milliarden vorgesehen, für Länder und Gemeinden von 350 Millionen Euro.

Aus dem Wahlkreis

Auch im April und Mai waren Florian Post und Claudia Tausend in ihren Wahlkreisen unterwegs.



Eröffnung der Feuerwache 4: Florian Post mit Vertretern des Landeskommandos Bayern.



Auf dem Marienplatz bei der Kundgebung zum 1. Mai: Claudia Tausend gemeinsam mit dem Alt-OB Christian Ude nach der Nelkenverteilung.



Logistik und Profis, die die Energiewende braucht: Florian Post zu Besuch bei der Gienger KG in Markt Schwaben.



Feierliche Eröffnung: Florian Post bei der Eröffnung des neuen Google-Entwicklungszentrums in München am 8. April.



Entspannender Nachmittag bei "Kultur und Kaffeeklatsch" mit engagierten Frauen aus allen Bereichen der Münchner Stadtgesellschaft, neben Claudia Tausend die Landtagskolleginnen Isabell Zacharias und Diana Stachowitz.



Am 3. Mai begrüßte Claudia Tausend gemeinsam mit Markus Rinderspacher den Vizekanzler a.D. Franz Müntefering im Truderinger Festzelt als Hauptredner.

Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.